

SCHWYZER
FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Wort des Präsidenten Seite 3

Agenda Seite 3

Informationsanlass zum EU-Vertragspaket in Brunnen

Am 8. September 2025 informierten in Brunnen auf Einladung der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz Staatssekretärin Helene Budliger-Artieda und Staatssekretär Alexandre Fasel aus erster Hand über die Abkommen mit der EU und diskutierten diese mit Befürwortern und Gegnern sowie dem Publikum. Seite 4 und 5

Aktuelles aus dem Kantonsrat

Fraktionspräsident Sepp Marty erläutert, warum ein zu hohes Staatsvermögen Fehlanreize schafft und warum sich die FDP.Die Liberalen Fraktion im Kantonsrat gegen ein weiteres Anwachsen des Eigenkapitals und gegen ein ungebremstes Staatswachstum einsetzt. Seite 6

Herbstanlass in Tuggen

Am diesjährigen Herbstanlass setzten sich die Mitglieder der FDP.Die Liberalen in Tuggen für eine intakte und gepflegte Natur ein und liessen sich vor Ort über die Vielfalt des lokalen Ökosystems informieren. Seite 7

Delegiertenversammlung in Einsiedeln

An der Delegiertenversammlung der FDP Schwyz diskutierten die Delegierten am 21. Oktober 2025 in Einsiedeln über die Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2025 und beschlossen für beide Abstimmungen klar die Nein-Parole. Seite 8



Veranstungsherbst 2025 – Die FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz tauschten sich an verschiedenen Veranstaltungen zu aktuellen Themen aus!

Der Herbst 2025 stand bei der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz ganz im Zeichen des Austauschs und der Begegnung. An verschiedenen Anlässen im ganzen Kanton nutzten Mitglieder und Interessierte die Gelegenheit, sich über aktuelle politische Themen zu informieren, Ideen einzubringen und den liberalen Dialog zu pflegen. Neben spannenden Diskussionen kam auch der persönliche Kontakt und das gemütliche Beisammensein nicht zu kurz – der Veranstaltungsherbst bot zahlreiche Gelegenheiten, bestehende Netzwerke zu stärken und neue Kontakte zu knüpfen. ab Seite 4

Bild: André Springer



Mit voller Energie

für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes

Liebe Freisinnige

Heute dürfen wir zum ersten Mal in diesem Editorial das Wort an Sie richten. Die Wahl ins Co-Präsidium unserer Partei erfüllt uns mit Freude und Ehre – und mit Respekt angesichts der grossen Verantwortung. Dank unserem Vorgänger Thierry Burkart dürfen wir auf eine äusserst solide Grundlage bauen. Herzlichen Dank, lieber Thierry, für deinen riesigen Einsatz und dein Herzblut zum Wohle der FDP! Wir arbeiten mit voller Energie weiter für den Erfolg unserer Partei und vor allem unseres Landes. Konsequenz entlang der liberalen Grundsätze: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt.

Es sind diese freiheitlichen Werte, die unser Land zu seinem unvergleichlich hohen Wohlstand verholfen haben. Dieser Wohlstand entstand durch Arbeit, nicht durch Umverteilung. Er entstand durch einen schlanken Staat, tiefe Steuern und wenig Bürokratie. Leider ist das Erfolgsmodell immer stärker bedroht. Von jenen, die Lohn ohne Leistung versprechen. Und von anderen, die Abschottung zelebrieren.

Juso-Enteignungsinitiative: Jetzt gilt es ernst!

Nehmen wir das Beispiel Juso-Erbschaftsinitiative: Sie fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab

einem Betrag von 50 Millionen. Ohne Ausnahmen. Ein Ja hierzu würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Betriebe aus dem Land vertreiben. Der Bundesrat rechnet mit Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge wären Sparprogramme beim Service Public und neue Steuern. Und wer bezahlt die Zeche? Einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand! Wir müssen uns mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und Frontalangriff auf das nachhaltige Unternehmertum wehren!

Service-Citoyen-Initiative

Auch die Service-Citoyen-Initiative, die Ende November zur Abstimmung gelangt, gilt es zu bekämpfen. Wir lehnen das an sich gut gemeinte Anliegen aus drei Gründen ab: Erstens hat die personelle Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes im Zentrum der Dienstpflicht zu stehen. Zweitens würde die Wirtschaft durch den Entzug unverhältnismässig vieler Arbeitskräfte übermässig belastet. Drittens würde die Freiwilligenarbeit entwertet und somit die Milizarbeit gefährdet. Dies dürfen wir – die wir uns konsequent für eigenverantwortliches Handeln starkmachen – nicht zulassen.

FDP feiert die Demokratie

Die FDP predigt die liberalen Werte nicht nur, sie lebt sie auch. Jüngster Beweis: Nach einer intensiven und im höchsten Masse freisinnig-demokratischen Debatte hat unsere Delegiertenversammlung ihre Leitlinie zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gezogen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein positives Signal zuhanden der bundesrätlichen Vernehmlassung aus. Die Forderung nach einem obligatorischen Referendum wurde knapp verworfen. Zudem erhielt die FDP-Fraktion den Auftrag, sich bei der innerstaatlichen Umsetzung der Verträge mit aller Kraft gegen Angriffe auf den liberalen Arbeitsmarkt und gegen die Einwanderung in unsere Sozialsysteme einzusetzen. Damit ist die FDP die bisher einzige Partei, die sich in einem offenen Dialog zu den Verträgen geäussert hat. Eine definitive Parolenfassung ist das allerdings noch nicht. In der Vernehmlassungsantwort werden Argumente der Minderheiten sorgfältig berücksichtigt. So geht gelebte Demokratie!

Ihre Susanne und Ihr Benjamin,
Co-Präsidium FDP.Die Liberalen Schweiz

Liebe Freisinnige, liebe Leserinnen und Leser

Editorial



Wort des Präsidenten

Am 18. Oktober hat die Delegiertenversammlung in Bern mit mehr als 500 Delegierten aus der Basis einen Richtungsentscheid zu den EU-Verträgen gefasst. Der Kanton Schwyz war mit 24 Delegierten vertreten! Nach eingehender gepflegter Debatte wurde basisdemokratisch entschieden. Als einzige Partei hat sich die FDP für den öffentlichen Diskurs entschieden. Ein liberaler Weg, welcher leider nicht mehr selbstverständlich ist, wie ein Blick zu den anderen Parteien zeigt. Da werden Meinungen von oben vorgegeben, Andersdenkende als Verräter betitelt und hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Die FDP ist eine Volkspartei, welche für Freiheit und Meinungsfreiheit steht, verschiedene Meinungen auch innerhalb der Partei akzeptiert und sich für Debattenkultur einsetzt. So haben wir im September einen öffentlichen Anlass zum Thema EU-Verträge organisiert, wo sich jede und jeder Argumente von der Pro- und Contra-Seite anhören konnte, um sich selber eine Meinung zu bilden. Wir verstehen es als Verantwortung der Partei, unseren Teil zum demokratischen Meinungsbildungsprozess beizutragen.

Der Richtungsentscheid für die EU-Verträge war noch keine Parolenfassung. Die Parolenfassung erfolgt vor der Abstimmung über die Verträge, welche frühestens 2027 stattfinden wird. Bis dahin wird auch über wichtige Gesetzesanpassungen in der Schweiz entschieden, welche flankierende Massnahmen zu den EU-Verträgen bilden und für die Parolenfassung nochmals entscheidend sein werden.

Als Vertreter eines kleinen Landkantons setzen wir uns für das doppelte Mehr ein, d. h. dass auch die Zustimmung der Kantone (Ständemehr) für die Annahme der EU-Verträge nötig sein wird. Diese Meinung mag rechtlich umstritten sein, politisch ist für uns aber klar, dass Verträge von dieser Tragweite dem doppelten Mehr standhalten müssen.

Für das Vorgehen der FDP und den Entscheid zugunsten der EU-Verträge gab es Lob, aber auch

Kritik und einzelne Parteiaustritte. Als liberaler Geist kann ich die Austritte aus einer Partei, welche sich basisdemokratisch mit einem Thema auseinandergesetzt und entschieden hat, kaum nachvollziehen. Als Alternative stehen Parteien zur Auswahl, welche sich nie breit abgestützt mit dem Thema EU-Verträge auseinandergesetzt haben und die Parteispitze für alle entscheidet.

Ich bin überzeugt: Es gibt viel mehr Themen, bei denen wir Schulter an Schulter stehen könnten, statt uns an einem einzigen Thema zu spalten. Beispielsweise diese:

- Finanzpolitik: Weniger Staatsschulden, weniger Umverteilung.
- Steuerpolitik: Mittelstand stärken und schützen.
- Migrationspolitik: Klare Regeln, aber fair.
- Sozialpolitik: Bildung und Forschung als wichtigste Rezepte.
- Sicherheitspolitik: Die Schweiz darf nicht naiv bleiben.
- Bauen, Infrastruktur, Bildung: Mehr Freiheit, weniger Bürokratie.
- Schweiz stärken: Ein starker, aber schlanker Staat.
- Wohlstand: Freiheit und Eigenverantwortung als Grundlage des Erfolgs.

Die Schweiz lebt von Menschen, die mitdenken, widersprechen und trotzdem Verantwortung übernehmen. Genau das ist der Geist, der unser Land stark gemacht hat – und stark halten wird.

Urs Rhyner, Präsident

AGENDA

- **30. November 2025**
Abstimmungssonntag
- **9. Januar 2026**
Jahresbot SUI TO 1833
- **15. Januar 2026**
Delegiertenversammlung
FDP Kanton Schwyz
- **31. Januar 2026**
Delegiertenversammlung FDP Schweiz
- **10. Februar 2026**
Ortsparteipräsidentenkonferenz
- **8. März 2026**
Abstimmungssonntag
- **14. April 2026**
General- und Delegiertenversammlung
FDP Kanton Schwyz

Bitte beachten Sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Website unter www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Website: www.fdp-sz.ch.



Eine Gefahr für die direkte Demokratie oder eine Chance für Stabilität und gute Beziehungen mit den Nachbarn in unsicheren Zeiten? Diese Frage stand im Zentrum des FDP-Anlasses zu den neuen EU-Verträgen, der am Montag, 8. September 2025, im Brunner «Waldstätterhof» stattfand. Die von der Kantonalpartei organisierte Veranstaltung bot hochkarätige Referate, engagierte Diskussionen und zeigte exemplarisch, wie die FDP. Die Liberalen Schwyz politische Meinungsbildung versteht – offen, faktenbasiert und respektvoll.

Mit Alexandre Fasel, Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), und Helene Budliger Artieda, Staatssekretärin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), standen zwei zentrale Personen der aktuellen Verhandlungen mit der EU als Referierende auf der Bühne. Zusammen mit Alfred Gantner, Mitbegründer der Partners Group, und Stefan Brupbacher, Direktor von Swissmem, sowie Phyliss Scholl, Gemeindepräsidentin Kilchberg und Verwaltungsrätin in verschiedenen Energieunternehmen, wurde die Frage diskutiert, ob das vorliegende Vertragspaket, die sogenannten Bilateralen III, der richtige Weg für die Schweiz ist.

Zwischen Stabilität und Souveränität

Nach einem einleitenden Überblick über die Entwicklung der Schweizer Europapolitik erläuterte

Staatssekretär Alexandre Fasel, wie die nun vorliegenden Verträge strukturiert sind, welche Teile sie enthalten und welche Ausnahmen und Schutzmechanismen die Schweiz ausgehandelt hat. Besonders im Fokus stand die dynamische Rechtsübernahme: Änderungen im binnenmarktrelevanten EU-Recht sollen künftig von der Schweiz übernommen werden. Dies aber nicht automatisch, sondern über einen «Gemischten Ausschuss». Dieser prüft, ob das Recht übernommen werden kann oder ob eine Rechtsanpassung auf Verordnungs- oder Gesetzesstufe notwendig ist. Falls ja, wird der Bundesrat, allenfalls das Parlament, und bei einem Referendum sogar das Volk weiterhin abschliessend über die Übernahme beschliessen können. Lehnt die Schweiz die Übernahme ab, drohen jedoch Ausgleichsmassnahmen. «Diese Massnahmen müssen verhältnismässig sein, sind nur im Binnenmarktbe-

reich möglich und können durch das gemeinsame Schiedsgericht überprüft werden. Sie dienen damit der Stabilität beider Seiten», erklärte Fasel. Damit solle dem «Machtgebaren» in internationalen Beziehungen vorgebeugt werden – eine Anspielung auf die jüngst verhängten US-Zölle, die er als Beispiel für Willkür bezeichnete.

Helene Budliger betonte, dass die Verträge nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Planungssicherheit schaffen. Angesichts globaler Unsicherheiten brauche die Schweiz stabile Rahmenbedingungen, um ihre Exportindustrie und Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Kontroverse um Souveränität und Bürokratie

Ganz anderer Meinung war Alfred Gantner, Unternehmer und Mitbegründer der Partners Group. Für ihn sind die neuen Abkommen über-



Die Referierenden (v.l.): Stefan Brupbacher, Alfred Gantner, Phyliss Scholl, Moderatorin Nathalie Henseler, Staatssekretär Alexandre Fasel, Staatssekretärin Helene Budliger Artieda.

flüssig und gefährlich zugleich. Die Schweiz könne auch ohne institutionelle Verträge erfolgreich exportieren. Die Rechtsübernahme führe, so seine Befürchtung, dazu, dass «die Bürokratieexzesse der EU» übernommen würden – mit negativen Folgen für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.

Als Beispiel erwähnte Gantner die jüngsten Zollverhandlungen mit den USA. Dort habe die EU zu viele Konzessionen gemacht, was den Schweizer Verhandlungspositionen geschadet habe. Stefan Brupbacher widersprach scharf und wies auf die Wichtigkeit vom unbehinderten Marktzugang zum mit Abstand grössten Exportmarkt der Schweiz hin – mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Er betonte, dass die Verträge für Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen sorgen würden – gerade in einem Umfeld wachsender protektionistischer Tendenzen. Die Tatsache, dass die EU einen

Zollsatz von 15%, die Schweiz hingegen 39% erhalten habe, zeige, wie wichtig für die Schweiz eine Zusammenarbeit mit der EU sei.

Meinungsbildung als Ziel

Die FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz sind sich bewusst, dass es innerhalb der Partei unterschiedliche Haltungen zum EU-Dossier gibt. Gerade deshalb ist es wichtig, zur fundierten Meinungsbildung beizutragen, betonte Kantonalpräsident Urs Rhyner. Der Anlass in Brunnen war genau dafür gedacht – und wurde ein voller Erfolg. Mit objektiven Informationen aus erster Hand und zwei Staatssekretären als Referenten bot er einen direkten Einblick in die Verhandlungen und deren Bedeutung für die Schweiz.

Einigkeit herrschte am Ende nicht – und das sei auch nicht das Ziel gewesen. Wie das Abstimmungsresultat der Schwyzer Delegation an der nationalen FDP-Delegiertenversammlung zeigte,

gehen die Meinungen weiterhin auseinander. Doch gerade das ist Ausdruck liberaler Diskussionskultur. Der Anlass machte deutlich, dass es in der Europapolitik nicht einfach «Schwarz oder Weiss» gibt, sondern eine Abwägung von Chancen und Risiken nötig ist.

Die Vorteile liegen auf der Hand: stabile Beziehungen zu den europäischen Nachbarn, gesicherter Zugang zum riesigen Binnenmarkt der EU und langfristige wirtschaftliche Perspektiven in einem zunehmend unsicheren globalen Umfeld. Dem stehen Nachteile gegenüber: Finanzielle Kohäsionszahlungen und die dynamische – aber eben nicht automatische – Rechtsübernahme.

Verschiedene Redner betonten jedoch, dass die Schweiz gut verhandelt habe: demokratische Rechte bleiben gewahrt, weitgehende Ausnahmen, bspw. im Bereich Personenfreizügigkeit oder Landwirtschaft, sind vereinbart, und die Zuwanderung bleibt weiterhin auf den Arbeitsmarkt beschränkt.

Differenzierte Debatte als Stärke

Der Abend im «Waldstätterhof» zeigte eindrucksvoll, dass die FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz anspruchsvolle Debatten nicht scheut, sondern aktiv fördert und zu einer konstruktiven Lösungsfindung beiträgt. Unterschiedliche Positionen wurden respektvoll ausgetauscht, Argumente gegeneinander abgewogen und beim anschliessenden Apéro vertieft. So leistet die Partei einen Beitrag zu einer sachlichen, differenzierten Diskussion über die Zukunft der Schweiz in Europa – ganz im Sinne einer liberalen, offenen und verantwortungsbewussten Politik.



Moderatorin Nathalie Henseler, Staatssekretär Alexandre Fasel und Staatssekretärin Helene Budliger Artieda (v.l.).



Im Dezember befasst sich der Kantonsrat mit dem Budget und den Steuerfüssen des kommenden Jahres. Die vergangenen Jahre machen deutlich: Die Budgetierung des Kantons ist geprägt von übermässiger Vorsicht. Sie führte zu hohen Überschüssen und damit zu unnötigen Belastungen für die Schwyzer Steuerzahler.

Ein Blick auf die letzten Rechnungsabschlüsse des Kantons zeigt ein klares Muster: 2023 schloss die Rechnung um 84 Millionen Franken besser ab als budgetiert. 2024 gar um 133 Millionen. Und auch für 2025 erwarten wir erneut einen um 80 Millionen besseren Abschluss. Zurückhaltung bei der Budgetierung ist grundsätzlich sinnvoll. Aber wenn sich ein solches Bild über Jahre hinweg wiederholt, wird aus vorsichtiger Planung ein systematisches Tiefstapeln zum Nachteil der Steuerzahler.

Eigenkapital weit über Zielgrenze

Diese dauerhaft hohen Überschüsse haben dazu geführt, dass das Eigenkapital des Kantons auf über 900 Millionen Franken angewachsen ist. Der Zielwert lag bis 2023 bei 250 Millionen Franken, aktuell bei 400 Millionen. Selbst dieser erhöhte Zielwert wird mittlerweile mehr als doppelt übertroffen. Der Kanton hat also über Jahre hinweg deutlich mehr eingenommen, als er braucht. Dieses Polster mag auf den ersten Blick angenehm wirken, aber es widerspricht unserer erklärten finanzpolitischen Zielsetzung. Was als Schwankungsreserve gedacht war, ist zum wachsenden Staatsvermögen geworden.

Das stille Anschwellen des Staates

Gleichzeitig wachsen die Ausgaben des Kantons stark. In nur fünf Jahren stiegen sie von 1,66 Milliarden Franken (2021) auf voraussichtlich 2,16 Milliarden Franken im Jahr 2026 – eine Zunahme von rund 30 Prozent. Ja, ein Teil dieses Anstiegs ist auf die Kostenübernahme des Kantons bei der Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs zurückzuführen. Doch der Trend bleibt klar: Der Staat wächst. Und zwar schneller als die Bevölkerung. Das zeigt sich auch beim Personal: 155 zusätzliche Vollzeitstellen in fünf Jahren – von 1651 auf 1806. Die hohen Steuereinnahmen und positiven Rechnungsabschlüsse geben wenig Anlass dazu, das Personalwachstum zu begrenzen. Aber ein Staat, der stetig und kaum hinterfragt wächst, verliert rasch den Blick für Effizienz und Bürgernähe.

Liberale Finanzpolitik für die Menschen

Als Liberale müssen wir uns daher fragen: Wie stellen wir sicher, dass der Staat nicht aus Bequemlichkeit wächst? Wie schaffen wir Anreize, damit auch in finanziell komfortablen Zeiten effizient gearbeitet wird? Die Schwyzer FDP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren auf diese Pro-

blematik hingewiesen und konkrete Vorschläge eingebracht – etwa mit der Idee einer Steuerrückvergütung. Diese wurde mit dem Hinweis abgelehnt, dass der Steuerfuss das angemessene Instrument sei. Damit können wir leben, aber dann müssen wir diesen Weg auch gehen. Eine Senkung des Steuerfusses ist vertretbar und gerechtfertigt. Nicht, weil der Staat nichts kosten darf. Sondern weil ein starker Staat kein grosser Staat sein muss. Und weil liberale Politik Verantwortung übernimmt für die Menschen und Unternehmen, die diesen Kanton tragen.



Sepp Marty,
Fraktionspräsident



Gemeinsam in die Natur

Herbstanlass der FDP Kanton Schwyz in Tuggen

Wenn sich die Blätter langsam färben und der Duft von feuchtem Holz in der Luft liegt, dann ist Herbst – und damit die Zeit für den traditionellen Herbstanlass der FDP.Die Liberalen Schwyz. Gemeinsam etwas Sinnvolles tun, ins Gespräch kommen und die Natur bewusst erleben. Unter diesem Motto trafen sich am Samstag, 20. September, rund dreissig Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der FDP Kanton Schwyz in Tuggen zum traditionellen Herbstanlass – darunter auch mehrere Familien mit Kindern.

Bereits am frühen Morgen wurden die Teilnehmenden von der Tulux AG mit Kaffee und Gipfeli begrüsst. Nach einer kurzen Einführung ging es ausgerüstet mit Arbeitshandschuhen, Werkzeugen und viel Tatendrang in den nahegelegenen Buechberg. Dort warteten Vertreterinnen und Vertreter des Naturvereins Pro Tuggen, die den Anlass unter dem Motto „Natur hegen, pflegen, schützen und erleben“ fachkundig begleiteten.

Mit Engagement für den Wald

Im Buechberg erhielten die Teilnehmenden spannende Einblicke in das lokale Ökosystem: Welche Pflanzen und Bäume gedeihen hier besonders gut? Welche Vogelarten sind typisch für den Lebensraum am Linthgebiet? Und wie kann man den Wald so pflegen, dass er sowohl der Natur als auch den Menschen langfristig dient?

Zwischen den informativen Inputs griffen Gross und Klein selbst zu Säge und Astschere. Unter

fachkundiger Anleitung wurden junge Bäume gepflegt, Totholz entfernt und Lebensräume für Kleintiere erhalten. Die Kinder waren mit Begeisterung dabei – für viele war es das erste Mal, aktiv in einem Waldpflegeprojekt mitzuwirken. So wurde der Vormittag zu einer gelungenen Mischung aus Lernen, Anpacken und gemeinsamer Naturerfahrung.

Gemeinsamer Ausklang beim Grillieren

Nach getaner Arbeit zog die Gruppe weiter zur Grillstelle Fahrenggli, wo bereits Feuer und Würste auf sie warteten. Beim gemeinsamen Mittagessen zeigte sich einmal mehr, wie wertvoll solche Anlässe für den Austausch innerhalb der Partei sind. Bei Wurst und Brot, Getränken und guten Gesprächen war die Stimmung gelöst und herzlich – und der formelle Anlass verwandelte sich in ein geselliges Beisammensein unter Gleichgesinnten.



Die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer tobten sich im Wald aus oder sammelten begeistert Herbstblätter, während die Erwachsenen politische und persönliche Themen miteinander teilten. Es wurde diskutiert, gelacht und gefachsimpelt – über aktuelle politische Fragen ebenso wie über das, was das liberale Engagement im Alltag bedeutet.

Ein Zeichen für Verantwortung und Gemeinschaft

Der Herbstanlass in Tuggen war mehr als nur ein gemütlicher Ausflug ins Grüne: Er stand einmal mehr sinnbildlich für die Werte, die die FDP.Die Liberalen Schwyz tragen – Eigenverantwortung, Engagement und Gemeinschaftssinn. Wer Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen will, beginnt am besten dort, wo sie direkt spürbar ist: vor der eigenen Haustüre, in der eigenen Gemeinde, in der eigenen Natur.

Der gemeinsame Tag bei schönstem Herbstwetter bleibt den Teilnehmenden in guter Erinnerung. «Das gemeinsame Arbeiten im Wald hat uns nicht nur die Natur nähergebracht, sondern auch den Zusammenhalt gestärkt», fasste eine Teilnehmerin treffend zusammen.

Am Ende des Tages war klar: Solche Anlässe verbinden über Generationen hinweg und innerhalb der Partei. Ein grosses Dankeschön geht an den Naturverein Pro Tuggen für die fachkundige Begleitung.



Der Herbstanlass 2025 hat gezeigt: Wenn Menschen gemeinsam anpacken, Verantwortung übernehmen und dabei die Natur geniessen, dann wird aus Politik Begegnung und Freude.

Delegiertenversammlung

vom 21. Oktober 2025 in Einsiedeln

Klare Abstimmungsparolen, lebendige Debatte und konstruktive Arbeit am Parteiprogramm. Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz trafen sich am 21. Oktober 2025 bei der Swissbiomechanics AG in Einsiedeln zur Delegiertenversammlung. Auf der Traktandenliste standen zwei eidgenössische Abstimmungsvorlagen sowie die erste Diskussion des Entwurfs des neuen Parteiprogramms «Ein Kanton Schwyz der Möglichkeiten» – Themen, die für angeregte Diskussionen sorgten und die liberalen Leitlinien der Partei klar zum Ausdruck brachten.

Kantonalpräsident Urs Rhyner eröffnete den Abend mit einem Rückblick auf die nationale Delegiertenversammlung in Bern. Die Diskussionen dort seien intensiv, aber stets konstruktiv und zielorientiert verlaufen (siehe auch «Wort des Präsidenten» in dieser Ausgabe). Er lobte den respektvollen Austausch innerhalb der Partei und zeigte sich zuversichtlich, dass das neue Co-Präsidium auf Bundesebene die FDP erfolgreich in die Zukunft führen wird. Anschliessend begrüsst die Einsiedler Ortsparteipräsidentin Sybille Rohner die Delegierten, bevor Gastgeber Christian Kryenbühl die Forschungs- und Tätigkeitsfelder der Swissbiomechanics AG vorstellte – ein Beispiel dafür, wie Innovation und Unternehmertum im Kanton Schwyz gelebt werden.

Nein zur Service-Citoyen-Initiative

Die erste Parolenfassung des Abends galt der Service-Citoyen-Initiative, die einen allgemeinen Bürgerdienst für alle Schweizerinnen und Schweizer fordert. Obwohl der Gedanke, mehr Menschen in einen Dienst an der Gesellschaft einzubinden, bei den Delegierten grundsätzlich auf Verständnis stiess, fiel die Beurteilung nach einer engagierten Debatte klar aus. Nach Anhörung der Befürworter (Silvester Homberger) und der Gegner (Nationalrat Heinz Theiler) kamen die Delegierten zum Schluss: Die Initiative führt zu einem Zwangsdienst und gefährdet das bewährte Milizsystem. Die Schweiz lebt vom freiwilligen Engagement, nicht von staatlichem Zwang – darin waren sich alle einig. Mit 51 Nein-, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung sprachen sich die Delegierten deutlich gegen die Vorlage aus.

Einstimmige Ablehnung der Juso-Initiative

Noch klarer fiel das Verdikt zur Juso-Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» aus. Ständerätin Petra Gössi machte in ihrem Votum deutlich, dass eine rückwirkende Erbschaftssteuer, Zweckbindungen und Eingriffe in die kantonale Steuerhoheit mit liberaler Finanz-

politik unvereinbar sind. «Eine solche Initiative schwächt die Eigenverantwortung, gefährdet die Standortattraktivität und untergräbt den Föderalismus», so Gössi.

Kantonsrat Thomas Grieder rief dazu auf, «im Abstimmungskampf laut und klar für das Nein einzustehen». Das Resultat fiel einstimmig aus – 55 Nein-Stimmen, keine Enthaltung. Ein starkes Zeichen der Geschlossenheit und ein Bekenntnis zu den liberalen Grundwerten von Freiheit, Verantwortung und Vertrauen.



Klares Resultat – einstimmige Ablehnung der Juso-Initiative.

Liberaler Zukunft gestalten: Diskussion zum neuen Parteiprogramm

Der zweite Teil der Versammlung gehörte der Zukunft. Unter dem Motto «Ein Kanton Schwyz der Möglichkeiten – mit liberalen Werten voran» diskutierten die Delegierten in verschiedenen Gruppen über den Entwurf des neuen Parteiprogramms. Dabei zeigte sich, wie breit das liberale Fundament in der Partei abgestützt ist.

Ob Wirtschaft und Standortförderung, Bildung und Chancengerechtigkeit, Sicherheit und Mobilität oder Verwaltungseffizienz – überall wurde intensiv debattiert und argumentiert. Die Diskussio-

nen zeigten: Die FDP Schwyz steht für eine Politik, die auf Eigeninitiative, Unternehmertum und schlanke Strukturen setzt.

Viele Vorschläge fanden Anklang: eine digitale Verwaltung, die Stärkung der dualen Berufsbildung und weniger Bürokratie für Unternehmen. «Wir wollen einen Kanton, der Chancen schafft – nicht Hürden», fasste Urs Rhyner den Grundtenor zusammen.



Engagierte Diskussionen zum neuen Parteiprogramm.

Die zahlreichen Ideen fliessen nun in die Überarbeitung des Programmentwurfs ein. Die definitive Verabschiedung ist für das kommende Jahr vorgesehen – als Leitbild für eine liberale Politik, die Freiheit und Verantwortung in Einklang bringt.

Gerüstet für die Zukunft

Mit klaren Parolen, sachlichen Diskussionen und spürbarer Begeisterung für die Zukunft zeigte die FDP Schwyz an diesem Abend, dass sie politisch gefestigt und organisatorisch bereit ist, die kommenden Herausforderungen anzupacken.

Die Delegiertenversammlung von Einsiedeln war mehr als ein formeller Anlass – sie war ein starkes Zeichen dafür, dass liberale Politik im Kanton Schwyz lebt: offen, engagiert und mit einem klaren Blick für das Machbare.

Bild: Kampagnen FDP.Die Liberalen Schweiz, mithilfe von KI erstellt



NEIN zur gefährlichen Chaosinitiative

Ein direkter Angriff auf unsere Landwirtschaft

Die von der SVP lancierte «Chaosinitiative» würde Bauernhöfe in der Schweiz in eine existenzielle Krise stürzen. Schon heute sind 20'000 bis 25'000 Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter unverzichtbar: Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren, ernten Trauben. Ohne sie verrotten Ernten, Reben werden nicht gepflegt und ganze Erntesaisons stehen auf der Kippe. Für viele Betriebe sind diese Arbeitskräfte kein Luxus, sondern die Bedingung fürs Überleben.

Die Initiative zielt auf die Kündigung der Personenfreizügigkeit, mit einer Guillotine, die das ganze bilaterale Vertragswerk treffen würde. Für die Landwirtschaft hätte das fatale Folgen: Kurzfristig fehlt die Erntehelferschar, mittelfristig brechen Lieferketten und Exportmöglichkeiten ein, langfristig verschwinden Betriebe vom Markt. Die Folge: weniger heimische Produktion, höhere Ladenpreise und eine gefährdete Versorgungssicherheit.

Auch die Fleisch- und Verarbeitungsbetriebe sind betroffen. Viele Metzgereien und Schlachtbetriebe sind auf Fachkräfte und Hilfskräfte aus dem Ausland angewiesen. Fehlen sie, kann die Verarbeitung nicht mehr in gewohntem Umfang stattfinden. Bauern stehen vor der Wahl, Tiere nicht mehr zu schlachten oder ihre Produktion drastisch zu drosseln. Das trifft die Preise, die Qualität und die Existenz der Höfe.

Die Guillotine ist bürokratisch und kalt. Die Initiative nennt keine praktikablen Übergangsmodelle, keine Lösungen für fehlende Saisonkräfte, keine fairen Kompensationen für Kleinbetriebe. Statt pragmatischer, sektoraler Steuerung droht ein kontingentiertes Chaos, in dem die Landwirtschaft oft das Nachsehen hat, weil sie saisonale, flexible Arbeitskräfte

braucht, die der Markt national nicht in dieser Zahl bereitstellt.

Die Folgen gehen weit über den Hof hinaus: Regionale Landschaftspflege leidet, wenn Reben nicht mehr gelesen und Felder nicht mehr gepflegt werden. Touristische Regionen, die von gepflegten Kulturlandschaften leben, verlieren Attraktivität. Lebensmittelimporte nehmen zu, mit höheren Kosten und Abhängigkeiten. Die Nahrungssicherheit der Schweiz würde geschwächt, gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ein unverantwortliches Risiko.

Praktische Beispiele zeigen das Risiko: In Obst und Gemüseanbaugebieten wie der Ostschweiz oder an den Rebhängen des Lavaux sind saisonale Teams essenziell. Ohne sie wären Spargelfelder, Erdbeerplantagen und Reben nicht erntebereit. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine konkrete Bedrohung der Existenz vieler Familienbetriebe.

Die FDP steht für eine liberale, verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik, die Nachfrage und Versorgungssicherheit sichert. Die Antwort auf Herausforderungen darf nicht sein, die Türen zuzuschlagen. Statt die bewährten bilateralen Grundlagen wegzurufen, braucht es zielgerichtete Reformen: effizien-

tere Arbeitskräftevermittlung, erleichterte temporäre Bewilligungen für saisonale Arbeit, Kooperation mit Nachbarstaaten und pragmatische Anerkennung von Qualifikationen. So schützen wir die Höfe, die Landschaft und die Lebensmittelversorgung.

Die Chaosinitiative ist ein Irrweg. Sie setzt auf Symbolpolitik statt auf Lösungen und riskiert, dass Schweizer Bauern zusehen müssen, wie ihre Ernten verrotten. Das darf nicht passieren. Für unsere Höfe, unsere Ernährungssicherheit und unsere ländlichen Regionen: NEIN zur Chaosinitiative. Schützen wir unsere Bauern, sie gewährleisten die Produktion von wichtigen Produkten wie Kartoffeln zu rund 79 Prozent und Obst zu rund 75 Prozent inländisch.



Sandra Oeschger,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Porträt Parteipräsidium

Bilder: Susanne Vincenz-Stauffacher



Im Porträt

Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin

Susanne Vincenz-Stauffacher studierte an der HSG Rechtswissenschaften und ist als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Zusätzlich ist sie Ombudsfrau Alter und Behinderung der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden und wurde im Jahr 2023 zur Verwaltungsratspräsidentin von Konzert und Theater St. Gallen gewählt. Seit ihrer Wahl in den Nationalrat 2019 liegt der Hauptfokus ihrer Politik auf einer wirtschafts- und sozial- und finanzverträglichen Energie- und Umweltpolitik mit Schwerpunkt Versorgungssicherheit.

Als ehemalige Kantonsrätin kennt Susanne Vincenz-Stauffacher die Schweiz nicht nur aus der Perspektive der Bundespolitik, sondern auch aus jener der Kantone, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich Verantwortung übernehmen – sei es in der Wirtschaft, in der Gesellschaft oder im persönlichen Umfeld. Diese Bodenhaftung prägt ihren politischen Stil.

Als ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz hat sie die Individualbesteuerung erfolgreich lanciert und vorangetrieben. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Swissecleantech, Stiftungsratspräsidentin von Sens eRecycling und seit 2023 Präsidentin von Hydrosuisse (Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband). Die Abtwilerin ist begeisterte Jasserin und verbringt ihre Freizeit am liebsten mit ihrer Familie und der Hündin Luna in der Natur.

«Der Liberalismus ist aktueller denn je. Wir müssen ihn nicht neu erfinden, sondern selbstbewusst leben – mit Herz, mit Verstand und mit dem Mut, Verantwortung zu übernehmen.»

Susanne steht für eine FDP, die sich nicht versteckt, sondern selbstbewusst auftritt – mit klaren liberalen Positionen und einem offenen Ohr für die Bevölkerung. Ihr Ziel ist es, den liberalen Kompass weiter zu schärfen und die Partei als vernunftorientierte, verlässliche Kraft in der Schweizer Politik zu positionieren. «Ein besonderes Anliegen ist mir der Dialog: zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Frauen und Männern, Wirtschaft und Gesellschaft. Weil der Liberalismus dann am stärksten ist, wenn er zuhört, versteht und verbindet.»

Mit ihrer Art, Politik zu leben – verbindlich im Ton, klar in der Sache, offen im Denken – steht sie für eine moderne, zukunftsgerichtete FDP. Eine Partei, die sich nicht in kurzfristigen Trends verliert, sondern langfristig für die Werte eintritt, die unser Land stark gemacht haben: Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Freiheit.

Bilder: Benjamin Mühlemann



Im Porträt

Benjamin Mühlemann, Co-Präsident



Benjamin Mühlemann vertritt seinen Heimatkanton Glarus seit 2023 im Ständerat. Bis zu seiner Wahl ins Bundesparlament war er während zehn Jahren Regierungsrat (zeitweise Landammann bzw. Regierungspräsident) und leitete innerhalb der Glarner Exekutive zunächst das Departement Bildung und Kultur, anschliessend das Departement Finanzen und Gesundheit. Seine Ausbildung genoss er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit einem Studium Journalismus und Organisationskommunikation.

Beruflich ist Benjamin Mühlemann bei der Kommunikationsagentur IRF Reputation in Zürich als Strategie- und Kommunikationsberater tätig. Daneben engagiert er sich als Präsident von Ospita, dem schweizerischen Verband eigenständiger medizinischer Leistungserbringer, sowie im Hochschulrat der Ostschweizer Fachhochschule Ost.

Benjamin Mühlemann wohnt mit seiner Familie in Mollis im Glarner Unterland. Hier musiziert er in der örtlichen Musikgesellschaft und ist Mitglied des Rotary-Clubs. Mit den Glarner Bergen ist er besonders verbunden. Sie sind sein Rückzugs- und Kraftort, und in der Freizeit nutzt er jede Gelegenheit fürs Skifahren oder eine Mountainbike-Tour.

Benjamin ist tief überzeugt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft am besten entwickeln, wenn wir alle möglichst viel individuelle Freiheit geniessen und über ein Maximum an Handlungsspielräume verfügen. Er stammt aus einer Hand-

«Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig.»

werkerfamilie, kennt deshalb die Herausforderungen der vielen tausend KMU unseres Landes bestens und verfolgt mit Nachdruck eine wirtschaftsliberale Politik. Zudem trägt er den Ruf eines äusserst hartnäckigen Finanzpolitikers: «Wohlstand haben wir nur dank florierender Wirtschaft und solider öffentlicher Finanzen. Wir müssen das Portemonnaie der Bevölkerung schonen und der Staat darf nicht auf Pump leben. Das wäre unfair gegenüber den künftigen Generationen.»

Die FDP möchte er nachhaltig stärken, ihre Themen wirkungsvoll platzieren und so die liberalen Werte klar und verständlich ins Land hinaustragen. «Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig. Tragen wir diese Botschaft gemeinsam hinaus und übernehmen wir zusammen Verantwortung für eine freiheitliche und fortschrittliche Schweiz.»

Das FDP-Präsidentialjahr in Bildern

Unsere bewegenden Momente

Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Bild 1–4: Béatrice Devènes – Bundeskanzlei, Bild 5: Loey Felipe – United Nations Photo, Bild 6: Vatican Media



Freudige Überraschung nach meiner Wahl zur Bundespräsidentin: Im Bernerhof empfing mich mein Patenhund Zeus zusammen mit einem «Geschpännli» aus der Zucht der Fondation Barry. Diese Stiftung pflegt das Erbe des legendären Rettungshundes Barry vom Grossen-Sankt-Bernhard-Pass.



Ende Januar habe ich zusammen mit zwei Brüdern, die den Holocaust überlebt haben, den Gedenkanlass zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 80 Jahren besucht. Diese Reise war mir sehr wichtig, denn was dort passiert ist, dürfen wir nie vergessen.



Zusammen mit Vjosa Osmani Sadriu, der Präsidentin von Kosovo, durfte ich auf dem Bundesplatz vielen glücklichen Menschen begegnen, die für diesen Staatsbesuch nach Bern gekommen waren. Beide würdigten wir die Bedeutung der grossen kosovarischen Diaspora in der Schweiz.



Anlässlich der traditionellen «Schulreise» des Bundesrats führte ich das Kollegium in meinen Heimatkanton St. Gallen und dort u. a. in den Kinderzoo in Rapperswil-Jona. Ein Besuch bei den Elefanten durfte natürlich nicht fehlen.



In meiner Rede an der UNO-Generalversammlung erinnerte ich daran, dass jede starke internationale Organisation starke Mitglieder braucht – Staaten, die in der Lage sind, für ihre Bürgerinnen und Bürger einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sie sich frei entfalten und vor allem auch frei ausdrücken können.



Nach dem Tod von Papst Franziskus hatte ich schon zweimal die Gelegenheit, seinen Nachfolger Leo XIV. zu treffen: kurz bei seiner Amtseinführung und zu einem längeren Gespräch Anfang Oktober. Wir haben uns insbesondere über die Bedeutung von Werten in der heutigen Gesellschaft ausgetauscht.

Nationalratspräsidentin Maja Riniker

Bilder: Maja Riniker



Meine mir wichtigste persönliche Zielvorgabe habe ich erreicht: faire, gute und (fast) fehlerfreie Leitung des Rates.



Zu den Höhepunkten in meinem Präsidentialjahr gehören die zahlreichen Traditionsanlässe, die ich besuchen durfte, quer durch das ganze Land.



An der Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten von Ende Juli in Genf durfte ich die Kernanliegen der Woman Speaker Conference vorstellen.



Am 21. Juni überbrachte ich Blatten die Solidarität der Bundesversammlung – die Zerstörung und Schicksale vor Ort haben mich tief berührt.



Als ich am 18. Juni vergessen hatte, eine Abstimmung durchzuführen, habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen 63 Glacen spendiert. Alle haben gelacht, geklatscht und sich über die Abkühlung an diesem heissen Sommertag gefreut.



Das Kondolenzbuch für Fredi Heer war meine Idee und wurde rege genutzt. Beim Abschied im Rat war die Trauer spürbar, es war still... und irgendwann musste ich sagen, dass das Parlament wieder zur Arbeit übergehen muss. Eine solche Situation kann man nicht im Voraus lernen.

Ständeratspräsident Andrea Caroni

Bilder: Andrea Caroni



Es gab bislang 16 Ausserrhoder (Alt-)Ständeräte. Das Bild zeigt die drei noch lebenden. Nur zwei davon wurden Ständeratspräsident, der dritte zum Trost immerhin Bundesrat. Übrigens: Lustigerweise habe ich für beide anderen (Merz und Altherr) einmal gearbeitet.



Zu meiner Wahl rappte Bligg zusammen mit der Streichmusik Alder. Zum ersten Mal ertönte damit meine Lieblingsmusik, der Hip-Hop, im Saal. Wegen unflätiger Textpassagen konnten sie allerdings den Hit «10 chliini Appezeller» nicht aufführen.



Zum ersten Mal seit rund 90 Jahren besetzt die FDP wieder alle vier eidgenössischen Präsidien. Das feierten wir in einem konspirativen Treffen im äusseren Stand, wo 1848 die Bundesverfassung geschrieben wurde.



Auch als Captain des TC-Bundeshaus konnte ich sportlich mit Shaqiri nicht mithalten.



An der Weltausstellung in Osaka erlebten wir viel Eindrückliches. Wir verschmachteteten aber auch fast in der brütenden Hitze, obwohl wir nicht einmal ordentlich anstehen mussten.



Der Besuch beim Papst war sicher ein Höhepunkt des Jahres. Allerdings dauerte er nur zirka zwei Minuten, und das Foto musste man dann für 10 Franken kaufen...

FDP Urban

Bild: v.l.: Christoph Marty, CEO der Goldbach Group, Nik Eugster, Vorstandsmitglied FDP Urban und Fraktionspräsident der FDP im Berner Stadtrat, Jürg Bachmann, Präsident Kommunikation Schweiz (KS/CS), Natasha Pittet, Gemeinderätin der Stadt Biel/Bienne. Foto: Nik Eugster



FDP Urban diskutiert Werbeverbote

Arbeitsplätze schützen

Über die FDP Urban:

Es braucht auch in den Städten nicht immer mehr Staat; nicht alles muss reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Vielmehr braucht es private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen, in Gesellschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Alle Städte stehen vor ähnlichen Herausforderungen – und in allen Städten gilt es, der rot-grünen Dominanz entgegenzutreten und Wähleranteile dazuzugewinnen. Um diese Herausforderungen gemeinsam optimal meistern zu können, haben die FDP-Stadtparteien der acht grössten Städte der Schweiz am 8. März 2018 FDP Urban gegründet. FDP Urban zeigt auf, wie liberale Stadtpolitik der Zukunft aussieht und wie die Themen «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smart City & Smart Governance» erfolgreich entwickelt werden können.

Links:

Web: <https://www.fdp-urban.ch/>

X: https://x.com/fdp_urban

Instagram: https://www.instagram.com/fdp_urban/

Facebook: <https://www.facebook.com/fdpurban>

Während in Schweizer Städten Werbeverbote politisch heiss diskutiert werden, nutzte das FDP-Urban-Forum den Moment für einen fundierten Austausch zum Thema. In der Plakathalle von Goldbach Neo in Bern debattierten prominente Gäste über die Zukunft von Aussenwerbung und urbaner Kommunikation. Man war sich einig: Werbeverbote stellen ein grosses Risiko für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze dar.

Am 10. September 2025 wurde in Zürich eine Petition gegen das vom Stadtrat vorgesehene Aussenwerbeverbot eingereicht. In Bern wiederum wurde vor einem Jahr ein Werbeverbot auf Plakatflächen gefordert – doch der Berner Stadtrat hat im September im Rahmen der Budgetdebatte entschieden, nicht auf die Konzessionsgelder für Plakatstandorte zu verzichten. Diese aktuellen Entwicklungen bildeten den brisanten Kontext des FDP-Urban-Forums 2025, welches dieses Jahr in Bern stattfand.

Aussenwerbung immer mehr unter Druck

Insbesondere in den Städten ist die Aussenwerbung immer mehr unter Druck. Dahinter stecken jedoch viele Arbeitsstellen und Konzessionsgelder, die den Städten zugutekommen. Und es ist Wertschöpfung im eigenen Land. Die Gäste des FDP-Urban-Forums

waren sich einig: Werbegelder, die nicht hier ausgegeben werden, wandern vor allem in elektronische Kanäle ab, also ins Ausland. Ein Verbot wäre ein Angriff auf die Vielfalt, die Teilhabe und das Lokale. Wer Plakate aus der Stadt verbannt, schafft keinen Raum – sondern eine Lücke.

FDP Urban nimmt sich des Themas an

An der Veranstaltung diskutierte Nik Eugster, Fraktionspräsident der FDP im Berner Stadtrat, mit hochkarätigen Gästen: Christoph Marty, CEO der Goldbach Group, Jürg Bachmann, Präsident Kommunikation Schweiz (KS/CS), sowie Natasha Pittet, Gemeinderätin der Stadt Biel/Bienne. Sie beleuchteten Chancen und Risiken von Werbeschränkungen in urbanen Räumen und die Bedeutung von Aussenwerbung für Wirtschaft, Kultur und Politik.

FDP Urban, die Plattform der Stadtsektionen der FDP Schweiz, will mit solchen Veranstaltungen eine faktenbasierte Debatte zu urbanen Themen fördern und Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbringen.



Nik Eugster, Vorstandsmitglied FDP Urban, Fraktionspräsident und Stadtrat Stadt Bern

Bild: v.l.: Daniel Seiler (Alt-Präsident), Raphael Rutschi (Vorstandsmitglied), Konstanze Zingg (Vorstandsmitglied), Simone Richner (Präsidentin), Rolf Rüdissler (Staatsanwalt), Michael Ostertag (Kassier), Frank Stählin (Vorstandsmitglied), Renja Heinzmann (Vorstandsmitglied) und Markus Brunner (Vorstandsmitglied). Foto: Simone Richner



Bei Anruf Betrug

Einblicke in die Welt des modernen Telefonbetrugs

Am 10. September 2025 durfte die FDP Service Public im Hotel Schweizerhof Bern einen eindrücklichen Vortrag von Staatsanwalt Rolf Rüdissler von der Abteilung Wirtschaftsdelikte der Staatsanwaltschaft Bern verfolgen. Vor zahlreichen interessierten Mitgliedern und Gästen gewährte er einen tiefen Einblick in die perfide Welt des Telefonbetrugs – von den klassischen Enkeltrick-Maschen bis hin zu modernen Varianten, bei denen sich Kriminelle als Polizisten, Bankangestellte oder Sicherheitsdienste ausgeben.

Die geschilderten Fälle waren erschütternd: Menschen, häufig älter und alleinstehend, werden gezielt emotional unter Druck gesetzt. Innerhalb weniger Minuten gelingt es den Tätern, Vertrauen zu erschleichen – und in der Folge hohe Geldbeträge zu erbeuten. Ein Originalmitschnitt eines Täuschungsgesprächs zeigte eindrücklich: Telefonbetrüger kennen keine Skrupel.

Von Polen bis Bern – das organisierte Geschäft mit der Angst

Die Täter agieren professionell und international vernetzt. Callcenter in Osteuropa koordinieren täglich Dutzende Anrufe, häufig unter Verwendung gefälschter Schweizer Telefonnummern («Spoofing»). Die Betrugsmasken tragen harmlos klingende Bezeichnungen – «falscher Polizist», «Schockanruf» oder «korrupter Bankmitarbeiter» –, doch der Schaden ist enorm: Allein 2024 entstand in der Schweiz ein Gesamtschaden von über 8 Millionen Franken. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher sein, da viele Betroffene aus Scham keine Anzeige erstatten.

Das Vorgehen ist systematisch. Die Betrüger wählen gezielt alt klingende Namen wie Rosmarie,

Margrit, Hedwig, Heidi oder Elisabeth aus dem Telefonbuch. Rüdissler schilderte, wie Ermittler aus Bern, Zürich, München und Warschau im Rahmen internationaler Aktionen ganze Callcenter zerschlagen konnten. Allein 2024 wurden über 20 Personen verhaftet, wodurch Betrugsversuche im Umfang von 4,6 Millionen Franken verhindert wurden. Doch er warnte: «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Strukturen neu formieren.»

Psychologie der Täuschung

Besonders eindrücklich war Rüdisslers Analyse, warum Menschen überhaupt auf solche Masken hereinfallen. Nicht Dummheit, sondern die Macht der Situation sei entscheidend: Einsamkeit, Pflichtgefühl, moralischer Druck und die Autorität vermeintlicher Amtspersonen führen dazu, dass Betroffene rationales Denken zeitweise ausblenden. «Niemand glaubt, Opfer eines Telefonbetrugs zu werden – bis es passiert.»

Künstliche Intelligenz als neue Bedrohung

Im Ausblick zeigte sich, dass die Täter zunehmend technologische Mittel einsetzen. Dank künstlicher Intelligenz können sie künftig täuschend echte



Mitgestalten statt zuschauen

Werden Sie Mitglied der FDP Service Public und helfen Sie mit, den Staat von morgen zu gestalten. Gemeinsam schaffen wir einen Service Public, der liefert.

Stimmen imitieren oder realistisch wirkende Videos angeblicher Angehöriger erstellen. Rüdissler warnte: «Künstliche Intelligenz wird die Täuschung perfektionieren.»

Damit stehe die Strafverfolgung vor neuen Herausforderungen – rechtlich, technisch und ethisch.

Prävention bleibt der Schlüssel

Zum Schluss appellierte Rüdissler an die Verantwortung jedes Einzelnen: Telefonnummern aus dem öffentlichen Telefonverzeichnis entfernen oder Vornamen auf Initialen kürzen, verdächtige Anrufe sofort der Polizei melden, niemals Bargeld oder Wertsachen an Unbekannte übergeben, keinen Fremden Zugriff auf den Computer gewähren – und vor allem: sofort auflegen, wenn ein Anruf misstrauisch macht. Ebenso wichtig sei das Gespräch innerhalb der Familie, insbesondere mit älteren Angehörigen. Und wer trotz allem Opfer wird, solle unbedingt Anzeige erstatten – falsche Scham hilft nur den Tätern.

Der Abend machte eindrücklich klar, dass die Abwehr solcher Delikte nicht allein Aufgabe der Justiz ist, sondern eine gemeinsame Verantwortung von Gesellschaft, Banken und Behörden. Ein hochaktueller, eindringlicher Vortrag – und ein Weckruf, dass Sicherheit heute mit Achtsamkeit beginnt.



Simone Richner, Präsidentin FDP Service Public

Bild: Symbolbild mithilfe von KI erstellt



Tourismus in der Schweiz

Herausforderungen und Lösungen unserer Ortsparteien

Oberengadin

Tourismus im Oberengadin – wirtschaftliche, politische und soziale Herausforderungen:

Das Oberengadin ist eine der wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen der Alpen mit der höchsten Wertschöpfung im Kanton Graubünden. Der wichtigste Wirtschaftszweig ist der Tourismus mit der Weltmarke St. Moritz.

Im Oberengadin entsteht eine touristische Wertschöpfung von rund CHF 0,92 Mia., was rund 22% der kantonalen touristischen Wertschöpfung entspricht. Die touristische Beschäftigung umfasst mehr als 11'000 Vollzeitäquivalente, dies entspricht ca. 74% Vollzeitäquivalenten. Von diesen sind mehr als 5100 bei touristischen Leistungsträgern tätig. Die übrigen Branchen stehen direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. So sind z. B. in der Bauwirtschaft rund 1100, also 65% Vollzeitäquivalente vom Tourismus abhängig. Das soziale und wirtschaftliche Ökosystem bringt für die Bevölkerung grosse Herausforderungen. Infrastrukturen, aber auch Dienstleistungen müssen in Bezug auf Qualität und Kapazität auf die maximale Auslastung ausgerichtet sein. Gleichzeitig müssen Gemeinden nicht nur die klassischen Aufgaben abdecken, sondern auch wichtige touristische, wirtschaftliche Aufgaben. Darunter fallen u. a. die Wirtschafts- und insbesondere Tourismusförderung, die Vermarktung durch Tourismus-Organisationen, touristisch relevante Infrastrukturen, Event- und Kulturförderung mit touristischem Potenzial und dergleichen.

In St. Moritz, der leistungsstärksten Gemeinde mit Leuchtturm-Charakter, hat ein politischer Vorstoss der FDP aus dem Jahre 2015 eine Zonenplanrevision verlangt, mit einem vorgelegten strategischen Prozess, der zur Strategie

St. Moritz 2030 führte. Diese Strategie bildet heute eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung von St. Moritz, mit Ausstrahlung für die ganze Region. Damit wird das Entwicklungspotenzial klarer auf die wirtschaftlichen und sozialen strategischen Ziele der Gemeinde ausgerichtet. Auch führen parlamentarische Vorstösse der FDP, wie u. a. die Eigentümerstrategien und Richtlinien für den Umgang mit Gemeindefinanz, dazu, dass unternehmerisches Denken und Handeln stärker gefördert werden. Die hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen zieht hohe Immobilienpreise nach sich. Das Oberengadin belegt den ersten Platz in Bezug auf Ferienwohnungspreise pro Quadratmeter im gesamten Alpenraum. Das ist gut für die Wirtschaft und die Gemeindefinanzen, macht es aber schwierig, für die einheimische Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum zu finden. Beschränkungen der Zweitwohnungen auf kommunaler und nationaler Ebene haben keinen günstigen Wohnraum zu schaffen vermocht. Im Gegenteil, durch Verknappung des Angebotes sind Zweit- und Erstwohnungspreise auch deswegen markant gestiegen. Funktionierende Instrumente sind Ausnutzungs-Boni und Ähnliches innerhalb des Baurechts, die Vergabe von günstigen Baurechten und die Schaffung von gemeindefinanzierten günstigen Mietwohnungen. Die FDP hat durch politische Vorstösse in der ganzen Region solche Initiativen ausgelöst und aktiv unterstützt.

Eine grosse Herausforderung sind auch regionale Aufgaben innerhalb der Strukturen einer Verwaltungsregion. In Graubünden wurden 2016/17 die Kreise als politische Ebene abgeschafft. In der Verwaltungsregion dominieren die Partikularinteressen der einzelnen Gemeinden. Das zeigt sich in Komplexität, Ineffizienz und nur schwer überwindbaren Hürden, um regionale Projekte umzusetzen und zu führen. Alle politischen Parteien arbeiten zusammen, um bessere Formen der Zusammenarbeit oder gar eine Fusion herbeizuführen, um die Zukunftschancen der Region zu verbessern. Und genau hier liegt die Stärke dieser wunderschönen hochalpinen Region: die grossartigen Menschen, Einheimische, Zweitheimische und Gäste, die über alle sozialen, kulturellen, politischen und geografischen Grenzen hinaus stetig im engagierten Austausch sind und nach besseren Wegen für eine erfolgreiche Zukunft suchen.



Leandro A. Testa, Präsident FDP. Die Liberalen Oberengadin-Bregaglia

Zermatt

Zwischen Matterhorn und Mietenwahnsinn – Die FDP.Die Liberalen Zermatt setzt auf liberale Lösungen statt Verbote: Zermatt lebt vom Tourismus. Jahr für Jahr strömen Millionen Gäste in unser Bergdorf am Fusse des Matterhorns, das selbst nur rund 6000 Einwohner zählt. Der Tourismus sichert viele Arbeitsplätze, nahezu jeder Bereich lebt davon.

Doch der Erfolg bringt auch Herausforderungen mit sich.

Allen voran mangelt es an Wohnraum. Viele Wohnungen dienen als Ferienwohnungen, weshalb es praktisch keinen Leerstand mehr gibt (Leerstandsquote ca. 0,4%). Dies hat zur Folge, dass Einheimische und Saisonkräfte kaum mehr eine bezahlbare Wohnung finden. In der Hochsaison geraten Verkehr, Entsorgung und Ruhezeiten an ihre Grenzen, was die Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung spürbar mindert. Steigende Mieten und knapper Raum gefährden die Durchmischung und erschweren die Rekrutierung von Personal.

Die FDP Zermatt setzt auf eine pragmatische und liberale Politik. Statt immer mehr Vorschriften fördern wir Lösungen mit Augenmass, die auf Anreize statt Verbote setzen und das Eigentum schützen. So haben wir vergangen Sommer an der Urversammlung erfolgreich eine Verschärfung des kommunalen Erst- und Zweitwohnungsreglements verhindert. Diese Verschärfung hätte nur eine geringe Schlagkraft gegen die Wohnungsnot gehabt und wäre ein unverhältnismässiger Eingriff in das Eigentum gewesen. Die Zermatter Bevölkerung hat dies auch so gesehen und unser Antrag gefolgt. Statt solcher Eingriffe setzen wir darauf, dass lokalen

Betrieben und Leistungspartnern Anreize bei der Erbauung von Wohnraum gegeben werden. Unser Ziel ist, den Tourismus als Lebensader der Region zu erhalten, ohne Freiheit und Eigenverantwortung unnötig einzuschränken.



Lars Inderbinen, Präsident FDP.Die Liberalen Zermatt

Wilderswil

Kontinuierlich steigende Besucherzahlen: Die FDP.Die Liberalen Wilderswil setzt sich ein für eine Balance zwischen Tourismus und Lebensqualität: Die beiden bedeutenden Bergbahnunternehmen, die Jungfraubahnen und die Schilthornbahnen, ziehen nicht nur Übernachtungsgäste an, sondern auch ganzjährig zahlreiche Tagestouristen. Der Tourismus hat eine entscheidende Bedeutung als Arbeitgeber in der Region und führt dazu, dass viele Geschäfte längere Öffnungszeiten anbieten und auch am Wochenende geöffnet sind.

Die Züge von Interlaken nach Grindelwald sind oft überfüllt, trotz eines halbstündlichen Fahrplans. Auch die Buslinien müssen ausgebaut werden, was eine zusätzliche Belastung für die Gemeinden darstellt. Zum Veranschaulichen: Dem Geschäftsbericht 2024 der Jungfraubahn zufolge gab es 1,8 Millionen Besucher beim «Besuch Erlebnis Berge» und 1 Million Besucher auf dem Jungfraujoch, die alle durch die Gemeinde Wilderswil befördert werden mussten.

Auf den Nationalstrassen kommt es häufig zu Staus, da der Verkehrsfluss durch die vielen Touristen beeinträchtigt wird. Viele Reisende können während der Fahrt nicht auf Foto- oder Videoaufnahmen verzichten, was die Situation weiter verschärft. Zusätzliche Probleme ergeben sich durch den anfallenden Müll – welcher zum Teil nicht ordnungsgemäss entsorgt wird –, das Betreten

privater Gärten und die Notwendigkeit, Toiletten aufzusuchen. Diese Herausforderungen führen dazu, dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Tourismus abnimmt.

Angesichts der Umnutzung von Wohnraum in AirBnB-Wohnungen haben einige Gemeinden wie Wilderswil Massnahmen ergriffen, um den Anteil an Zweitwohnungen bei Neubauten oder Umnutzungen auf maximal 30% zu begrenzen.

Als FDP-Ortspartei haben wir das Thema aktiv aufgegriffen. Wir konnten eine Initiative der SP zur 90-tägigen AirBnB-Beschränkung in Wilderswil abwehren, da dieser Ansatz das Problem lediglich verlagern würde und die Wohnraumproblematik nicht löst. Gemeinsam mit anderen Ortsparteien planen wir für Anfang 2026 eine Veranstaltung, um die Bedenken der Bevölkerung

zu thematisieren und Vorschläge an die Gemeinde sowie die Tourismusorganisation zu unterbreiten. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tourismus und Lebensqualität für die Bevölkerung sicherzustellen.



Lorenz Müller, Co-Präsident FDP Wilderswil

Bilder: Damien Cottier, Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Freisinnige Brückenbauer auf gemeinsamer Mission

Ein Blick hinter die Kulissen der parlamentarischen Diplomatie

Anfang November besuchte eine Delegation der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA die US-Bundesstaaten Washington D.C. und North Carolina. Mit dabei: vier Freisinnige rund um FDP-Fraktionschef Damien Cottier.

Aussenpolitik gilt in aller Regel als Sache von Botschaftern und Regierungen. Weniger bekannt ist, dass auch Mitglieder der Parlamente Netzwerke pflegen und damit einen wichtigen Beitrag für die Aussenbeziehungen ihrer jeweiligen Länder leisten. So geschehen bei der Reise der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA, die Anfang November eine Delegation nach Washington D.C. und North Carolina führte.

In Washington traf die Schweizer Delegation – darunter die FDP-Vertreter/-in Isabelle Moret (VD), Laurent Wehrli (VD) und Simon Michel (SO) – den Speaker des Repräsentantenhauses, diverse Mitglieder des Kongresses, Think Tanks und Vertreter der US-Wirtschaft.

Diskutiert wurden unter anderem sicherheitspolitische Themen und die transatlantischen Beziehungen. Der zweite Teil der Reise führte nach North Carolina, wo die Delegation diverse Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren besuchte. Parlamentarische Reisen verfolgen selten ein unmittelbares politisches Ziel – doch sie leisten leise, aber nachhaltige Diplomatie. Sie ergänzen die Arbeit der Exekutive und öffnen Türen, wo formelle Kanäle an ihre Grenzen stossen. Auch die diesjährige USA-Reise hat gezeigt: Diplomatie beginnt dort, wo Menschen miteinander reden.

Damien Cottier:
«Gerade in einer Zeit, in der sich die Welt neu sortiert, brauchen Demokratien enger zusammenhaltende Netzwerke. Parlamentarierinnen und Parlamentarier können dabei eine entscheidende Rolle spielen.»



Schweiz–USA:

Die Parlamentarische Vereinigung Schweiz–USA wurde Anfang der 2000er-Jahre gegründet, um den Dialog zwischen den beiden Demokratien zu fördern. Heute steht sie unter der Leitung von FDP-Fraktionschef Damien Cottier. Der freisinnige Aussenpolitiker setzt konsequent auf Dialog statt Abschottung – auch im Verhältnis zu den USA, dem wichtigsten Exportmarkt der Schweiz nach der EU.

Grafiken: Fanny Dietschi

Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025

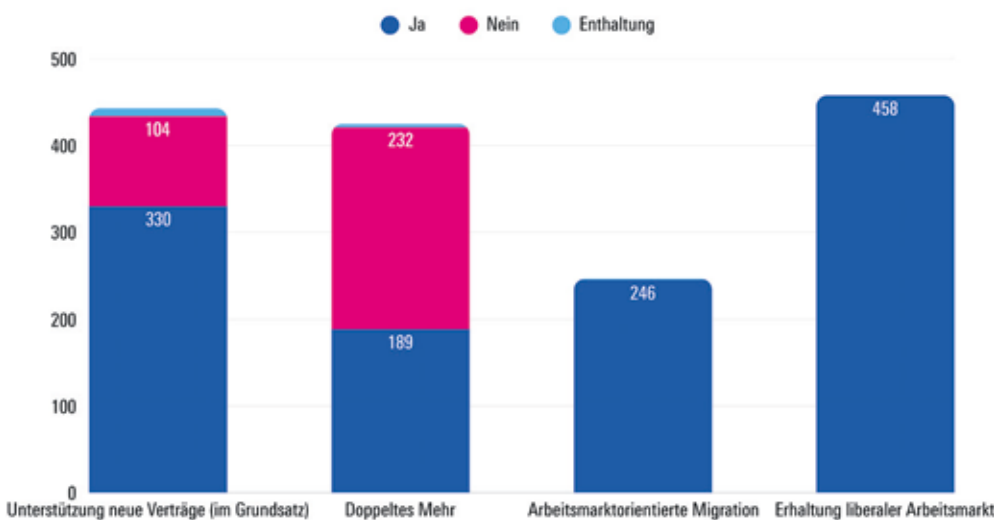
Die wichtigsten Entscheidungen und Statements

Die Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 im Berner Wankdorf-Stadion wurde mit viel Spannung erwartet und verfolgt. Nach zahlreichen Reden und Wortmeldungen entschieden die Delegierten über vier Grundsatzfragen zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union und wählten erstmals in der Geschichte der FDP ein Co-Präsidium. Ein gelungenes Fest der Demokratie!

Der Parteivorstand der FDP Schweiz



Abstimmungsergebnisse neue bilaterale Verträge



Ein klares «Ja» zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union

Während es im Vorfeld zur Delegiertenversammlung intensive Diskussionen zwischen den Befürwortern und Gegnern der neuen Verträge mit der Europäischen Union (EU) gab, dominierten an der Versammlung spannende und respektvolle Panels und Wortmeldungen. Am Ende sprachen sich die Delegierten mit 330 zu 104 Stimmen und 9 Enthaltungen deutlich für die Fortführung des bilateralen Weges mit der EU aus. Zudem sollen die neuen Verträge wie in der Bundesverfassung vorgesehen nicht dem Volksmehr unterliegen. Dieser Entscheid bildet nun die Grundlage für die Vernehmlassungsantwort der Partei. Gleichzeitig entschieden die Delegierten deutlich, dass sich die FDP-Fraktion im Parlament aktiv für eine arbeitsmarktorientierte Migration, die Bekämpfung der Einwanderung in unsere Sozialsysteme und die Erhaltung des liberalen Schweizer Arbeitsmarktes einsetzen soll (siehe Grafik).

Wahl einer neuen Parteispitze

Während medial vor allem der Europaentscheid im Fokus stand, wurden an der Delegiertenversammlung weitere wichtige Entscheidungen getroffen. Zum ersten Mal in der Geschichte der FDP. Die Liberalen Schweiz wird die Partei neu von einer Doppelspitze unter der St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und dem Glarner Ständerat Benjamin Mühlemann angeführt. Zudem wurde der Tessiner Nationalrat Alex Farinelli einstimmig zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Weiter ernannte das neue Co-Präsidium als erste Amtshandlung den Luzerner Ständerat Damian Müller zum Wahlkampfchef für die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027.

Was man nicht in den Medien lesen konnte

Eine Delegiertenversammlung wie jene vom 18. Oktober 2025 bedarf einer akribischen Planung und vieler helfender Hände. Bereits mehrere Monate im Voraus begann im Generalsekretariat der FDP Schweiz die Planung – und damit auch alle möglichen Eventualplanungen. Von der Eingangskontrolle über die Medienplätze und das Mittagessen bis hin zum reibungslosen Ablauf der Geschehnisse auf der Bühne: All dies wäre ohne den unermüdlichen Einsatz des Generalsekretariats und der freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht möglich gewesen! Im Namen des Schweizer Freisinn: **Vielen herzlichen Dank!**



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»



PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
Les Libéraux-Radicaux



FDP

Pour toutes celles et ceux qui se lèvent tôt

Das war die DV im Berner Wankdorf Stadion



coloro mattina sveglia



PLD
Ils Libéraux

Per fu che e puntan



puntan

PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
Les Libéraux-Radicaux



FDP

Pour toutes celles
et ceux qui
se libèrent et

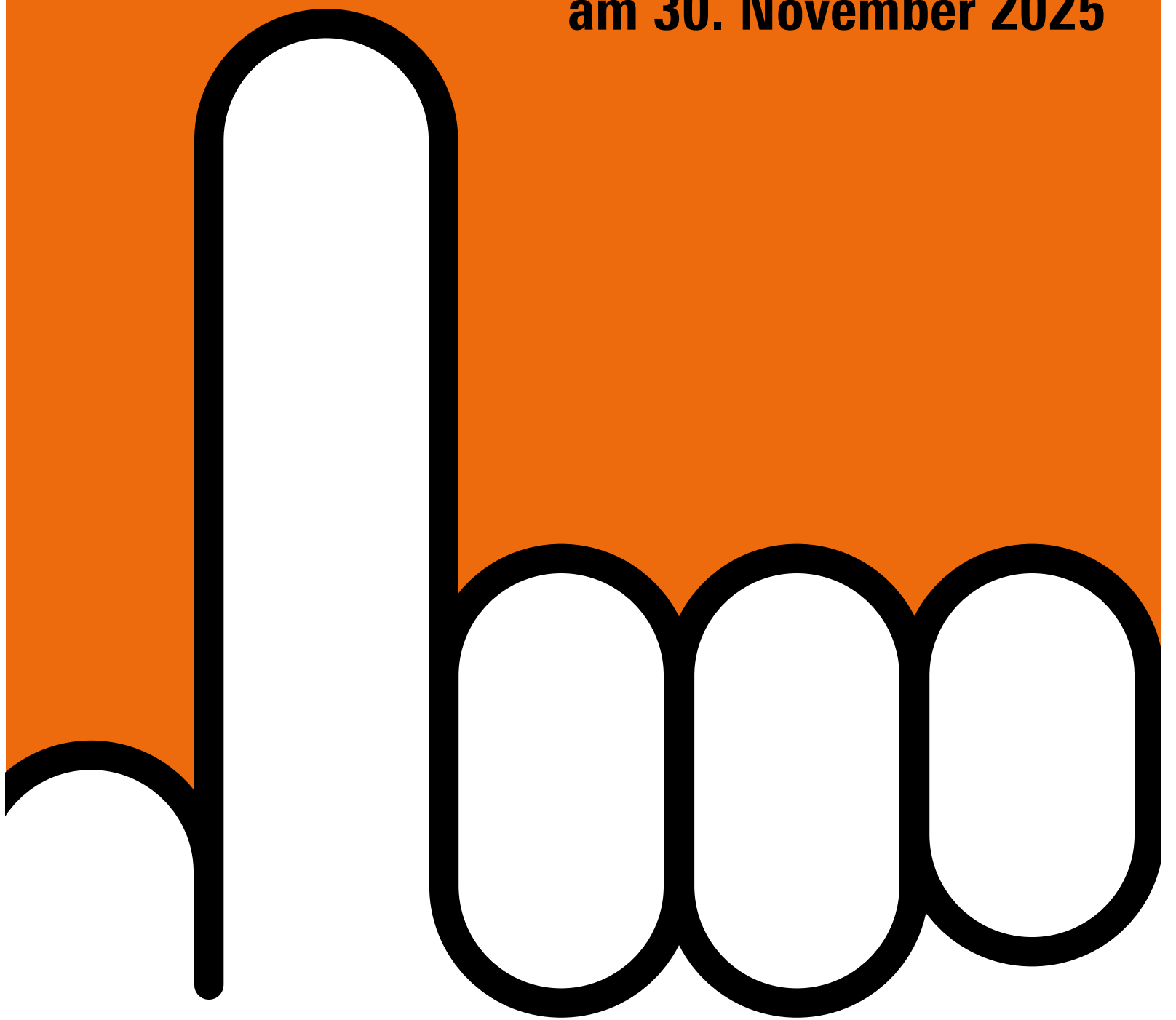
Das war die DV im
Berner Wankdorf Stadion



PLD
Ils Libéraux



NEIN zu Service Citoyen
am 30. November 2025



**Ab heute:
Bürgerdienst-Zwang**

FDP-Sommeranlass mit Philipp Rösler

FDP Oberwil, BL

Die FDP Oberwil und weitere Leimentaler FDP-Sektionen (Ettingen, Therwil, Binningen-Bottmingen) blicken zurück auf einen hochspannenden und unterhaltsamen Polit-Abend mit Gast Dr. Philipp Rösler, dem ehemaligen deutschen Vizekanzler und Gesundheits- und späteren Wirtschaftsminister, sowie ehemaligen Vorsitzenden der deutschen FDP. Der Anlass fand in der gut besuchten Trafohalle Bottmingen statt (einer zur

Kulturlokalität umgenutzten ehemaligen Trafostation). Rösler referierte eloquent über die aktuelle aussen- und wirtschaftspolitische Lage und insbesondere über die Zoll-Thematik. Weitere Themen wurden in der Fragerunde mit Marc Schinzel (Landrat aus Binningen) und mir diskutiert und auch das Publikum konnte anschliessend mit Philipp Rösler in den Dialog treten. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt.

Damit der kulturelle Aspekt nicht zu kurz kam, wurde der anschliessende Apéro mit stimmungsvoller Musik von Felix Lopez (Vizepräsident der FDP Oberwil und u. a. Singer-Songwriter) umrahmt.

Die FDP Oberwil dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und den Gästen, speziell natürlich Special Guest Philipp Rösler, fürs Kommen. Insbesondere erfreulich war, dass

auch Mitglieder der FDP Basel-Stadt und unserer deutschen Schwesterpartei aus dem Landkreis Lörrach vorbeischaute. So entstand ein wertvoller grenzüberschreitender Austausch und daraus der Wunsch, diesen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Sebastian Binggeli, Vorstandsmitglied FDP Oberwil, Eidg. Delegierter FDP und JF Schweiz

Liberale Kraft in Kriens

FDP Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Ob im Alltag, in der Politik oder bei der Pflege der Natur, in Kriens leisten liberale Kräfte seit Jahren wertvolle Arbeit, die weit über Parteigrenzen hinaus Wirkung zeigt. Unter dem Motto «Tue Gutes und sprich darüber» darf mit Stolz festgehalten werden: Die FDP, die Liberalen Kriens, die liberalen Stiftungen, die liberale Baugenossenschaft sowie die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren tragen aktiv zu einem lebendigen, sozialen und nachhaltigen Kriens bei.

Politisch aktiv – auch überparteilich

Die FDP Kriens und die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren engagieren sich nicht nur parteiintern, sondern auch überparteilich:

- Sie organisieren Wahlpodien für bevorstehende Wahlen und Abstimmungen, bei denen sachliche Information und respektvoller Austausch im Mittelpunkt stehen.
- Gemeinsam mit weiteren Kräften initiieren und begleiten sie Pro-

jekte, die allen Krienserinnen und Kriensern offenstehen, unabhängig von politischer Ausrichtung.

So trug etwa das von der FDP organisierte Podium zur Pilatus-Arena-Abstimmung **massgeblich dazu bei**, dass sich in Kriens eine **Mehrheit für das Projekt** aussprach. Ein Beispiel dafür, wie liberales Engagement konkrete Wirkung entfalten kann.

Still, aber wirksam – das liberale Wirken in Kriens

Oft geschieht das Engagement im Stillen, mit wenig Aufsehen, doch die Wirkung ist gross: Wohnraum schaffen, Natur pflegen, Menschen verbinden, politisch mitgestalten, Jugend fördern. All das tun liberale Kräfte in Kriens mit Herz, Verstand und Verantwortung.

Enrico Ercolani, Mitglied Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn»

Bist du im Vorstand deiner Ortspartei und würdest du ebenfalls gerne einen Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn» schreiben?
Wir freuen uns, von dir zu hören!

E-Mail an dietschi@fdp.ch (Fanny Dietschi, Redaktion «Freisinn») mit folgenden Details:
– Ortspartei und Funktion – Potenzielles Thema des Gastbeitrages

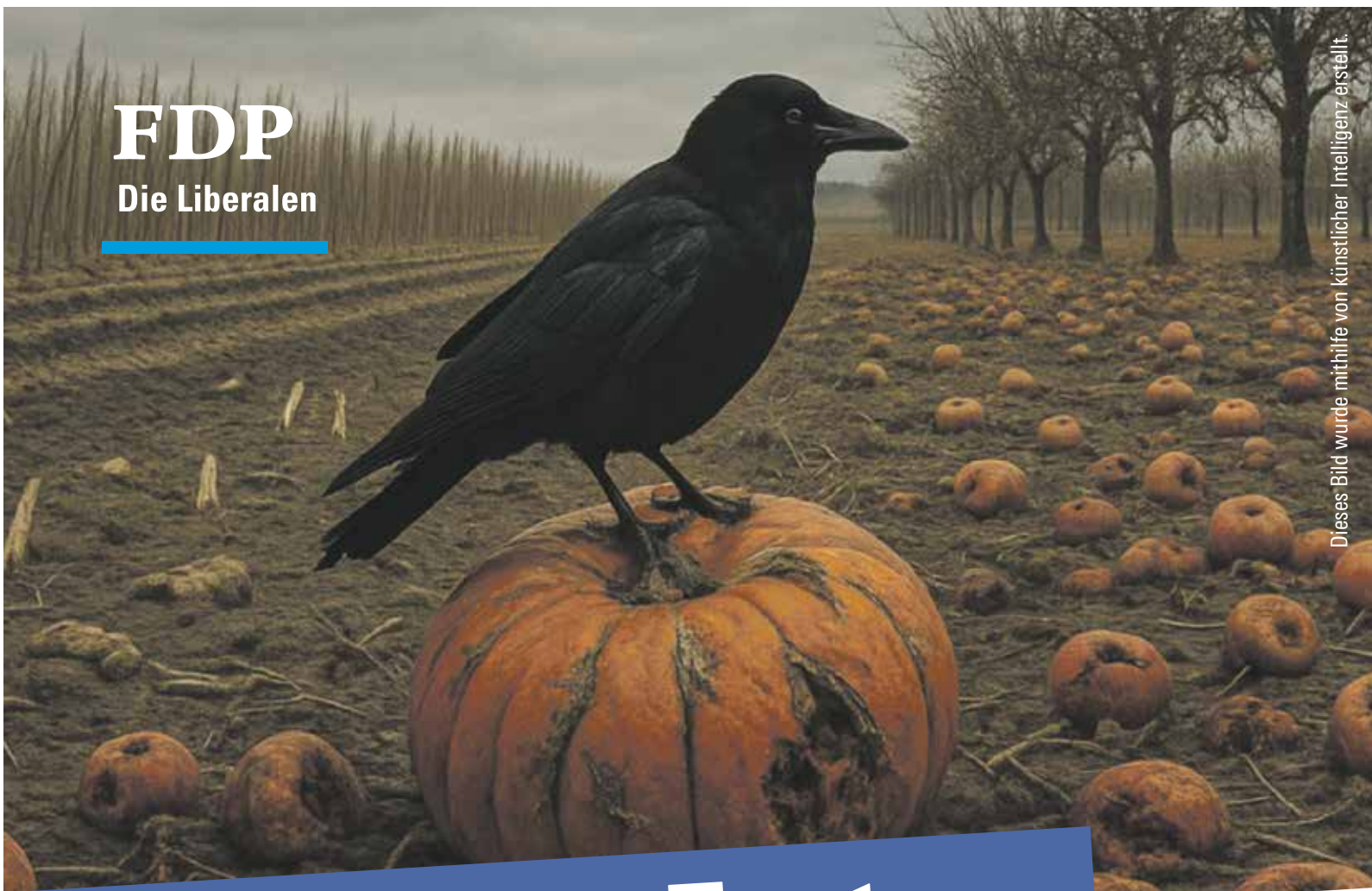
Wusstest du schon?

Ausgewählte Artikel des «Schweizer Freisinns» kannst du neu auch in unserem Online-Magazin lesen!

<https://www.fdp.ch/aktuell/freisinn/digitales-freisinn-magazin>



FDP
Die Liberalen



Dieses Bild wurde mithilfe von künstlicher Intelligenz erstellt.

Verrottete Ernten, vergammelte Felder

NEIN zur Chaosinitiative!

Durch die Chaosinitiative der SVP fallen die bilateralen Verträge und somit die Personenfreizügigkeit weg. Dadurch wird es für Bauern erheblich schwieriger, Erntehelfer und Hilfskräfte zu rekrutieren. Heute packen 20'000 bis 25'000 ausländische Saisonarbeiter mit an. Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren oder ernten Trauben. Sie tragen sowohl zur Landschaftspflege als auch zu bezahlbaren Ladenpreisen und zur Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln bei.

chaosinitiative-nein.ch



**Chaos
verhindern!**